

Antrag

Fraktion der SPD

Hannover, den 13.03.2012

Demokratie stärken in Europa

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Der am 30. Januar 2012 unterzeichnete „Vertrag zur Stabilität, Koordination und Regierungsführung in der Wirtschafts- und Währungsunion“ (Fiskalpakt) lässt eine zunehmende Tendenz zum Intergouvernementalismus erkennen. Während die Regierungen an Macht gewinnen, wird die demokratische Struktur der Europäischen Union unterlaufen und die Mitwirkungsmöglichkeiten aller gewählten Parlamente werden eingeschränkt. Der „Vertrag zur Stabilität, Koordination und Regierungsführung in der Wirtschafts- und Währungsunion“ zielt darauf ab, die Märkte zu stabilisieren, berücksichtigt aber nicht bestehende parlamentarische Strukturen. Mit diesem soll das Vertrauen in die Märkte zurückgewonnen werden. Doch dürfen wir dabei nicht das Vertrauen der Menschen in die Europäische Union verlieren und den parlamentarischen Mitwirkungsprozess in den Mitgliedstaaten der EU aushöhlen.

Der Niedersächsische Landtag stellt fest,

- dass es besser gewesen wäre, im Rahmen des normalen Gesetzgebungsprozesses im EU-Recht eine Regelung zur Stabilität und wirtschaftlichen Koordination zu erzielen;
- dass die EU-Gemeinschaftsmethode uneingeschränkt zur Anwendung kommen muss;
- dass sichergestellt werden muss, dass es keine doppelten Standards zwischen dem Vertrag zur Stabilität, Koordination und Regierungsführung und denen des Vertrags von Lissabon und des gemeinschaftlichen Besitzstandes geben darf;
- dass die mit dem Vertrag zur Stabilität, Koordination und Regierungsführung zusätzlich einhergehenden Komplikationen ein entschlossenes Vorgehen gegen die Krise weiter behindern und dass der Vertrag Gefährdungen für den gemeinsamen Weg in der EU mit sich bringt.

Die Niedersächsische Landesregierung wird aufgefordert,

- eine Bundesratsinitiative zu ergreifen, um sicherzustellen, dass zukünftig keine europäischen Abkommen oder Verträge außerhalb der Kontrolle der Parlamente mehr verhandelt und abgeschlossen werden. Die Kohärenz der Unions-Gesetzgebung muss erhalten bleiben, wir können uns nicht unterschiedliche Standards und komplexe Strukturen leisten, die für viele Bürger kaum durchschaubar sind;
- ihren gesamten Einfluss geltend zu machen, um weitere Spaltungstendenzen in der EU zu verhindern und die EU-Gemeinschaftsmethode für alle Partner uneingeschränkt gültig zu erhalten;
- alle Möglichkeiten zu ergreifen, mit denen die EU zu einer echten, demokratisch verfassten und sozial gerecht gestalteten Wirtschafts- und Fiskalunion weiterentwickelt werden kann.

Begründung

Die Mitwirkungsrechte der gewählten Parlamente sind Kernbestandteil der repräsentativen Demokratie in Europa. Damit das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Demokratie wieder wächst, werden starke Parlamente mit weitreichenden Einflussmöglichkeiten gebraucht. Der seit Dezember 2009 geltende Vertrag von Lissabon ist eine unverzichtbare Errungenschaft für den Par-

lamentarismus in Europa: Denn er erweitert die Mitwirkungsrechte des Europäischen Parlamentes, aber auch der Parlamente in den EU-Mitgliedstaaten, deutlich, die Mitwirkungsrechte des Niedersächsischen Landtages und des Deutschen Bundestages eingeschlossen.

Leider gibt es bei den Staats- und Regierungschefs seit einiger Zeit die Tendenz, auf zwischenstaatliche Verhandlungen zu setzen statt auf die gemeinschaftliche Zusammenarbeit. Durch den am 30. Januar 2012 unterzeichneten zwischenstaatlichen „Vertrag zur Stabilität, Koordination und Regierungsführung in der Wirtschafts- und Währungsunion“ besteht die Gefahr, dass die parlamentarischen Mitwirkungsmöglichkeiten eingeschränkt werden und eine Spaltung der EU droht.

Damit Europa die Krise hinter sich lassen kann, ist Wachstum nötig. Dies lässt sich nur erreichen, wenn Investitionen und Konsolidierung miteinander verbunden werden. Dafür ist der „Vertrag zur Stabilität, Koordination und Regierungsführung in der Wirtschafts- und Währungsunion“ ein untaugliches Instrument. Das Budgetrecht darf nicht unterlaufen werden. Dies ist ein Schritt, die Demokratie in Europa zu stärken.

Johanne Modder
Parlamentarische Geschäftsführerin